

# **Die 8. AHV-Revision und die sich daraus ergebende Stellung der Stiftung "Für das Alter" = La situation de la Fondation suisse "Pour la Vieillesse" après la 8e revision de l'AVS**

Autor(en): **Tschudi, H.P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung**

Band (Jahr): **48 (1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-722198>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Die 8. AHV-Revision und die sich daraus ergebende Stellung der Stiftung «Für das Alter».**

*Eröffnungsansprache von Bundespräsident*

*H. P. Tschudi, Präsident der schweiz. Stiftung*

*«Für das Alter», an der Abordnetenversammlung  
in Fribourg am 19. Oktober 1970*

Zuerst möchte ich meiner grossen Freude darüber Ausdruck verleihen, dass wir im traditionsreichen Kanton Freiburg tagen dürfen. Freiburg verbindet Pflege stolzer Ueberlieferungen mit einem dynamischen Willen, die Zukunft zu gestalten. Mit Mut und Zuversicht werden die Aufgaben unserer Zeit angepackt. Dieser initiative Geist, unterstützt durch die seit Ende des 2. Weltkriegs in unserem Land herrschende günstige Konjunktur, hat einen eindrücklichen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglicht. Diese Tatsache hat für das Arbeitsgebiet der Stiftung «Für das Alter» besondere Bedeutung. Eine leistungsfähige Wirtschaft bildet die unerlässliche Voraussetzung für eine grosszügige Sozialpolitik.

Ich danke dem Kantonalkomitee Freiburg für die vorzügliche Organisation unserer Tagung. Herr Staatsrat Pierre Dreyer erweist uns die Ehre, unseren Beratungen beizuwohnen. Ich begrüesse ihn herzlich und danke ihm für seinen Einsatz zum Wohl der alten Leute. Freundlich willkommen heisse ich auch alle weiteren Gäste sowie unsere Delegierten aus sämtlichen Landesteilen. Sie bilden das Rückgrat der Stiftung; ihrer uneigennützigen Arbeit verdankt sie ihr Ansehen in der Bevölkerung und ihr Vertrauen bei den Betagten. Die Jahresversammlung hat neben der Beschlussfassung über die statutarischen Traktanden den Zweck, die Kontakte unter unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken und durch den Erfahrungsaustausch die Lösung der schwierigen Altersprobleme zu fördern. Ich bin überzeugt, dass unsere heutige, gut vorbereitete Tagung beiden Aufgaben gerecht werden wird.

In der vor 10 Tagen beendigten Parlamentssession haben die Eidg. Räte Entscheide gefällt, die für unsere Stiftung sehr wichtig sind. Die zehnpromtente Heraufsetzung der Altersrenten entspricht angesichts der Teuerung einem dringenden Bedürfnis. Die Verbesserungen der Ergänzungsleistungen werden von der Stiftung besonders begrüsst, weil sie das Los der bedürftigen alten

Leute erheblich erleichtern. Auf Grund der drei Volksinitiativen über den Ausbau der Altersvorsorge und des Berichts der Expertenkommission über die Förderung der beruflichen Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenvorsorge (2. Säule) wird sich das Parlament schon in nächster Zeit mit der grundsätzlichen Gestaltung unserer Altersvorsorge zu befassen haben. Die kommenden gesetzgeberischen Entscheide haben weit grössere Tragweite als die AHV-Revisionen der letzten Jahre. Es geht um eine strukturelle Neuordnung, deren Bedeutung nicht weit hinter derjenigen der Schaffung der AHV im Jahre 1947 zurückbleibt. Unsere AHV hat den Charakter einer Basisversicherung. Die Bundesbehörden haben sich mit Erfolg bemüht, diese Grundlage durch mehrere Revisionen möglichst zu verstärken. Ein grundsätzlicher Fortschritt gelang durch die Einführung der Ergänzungsleistungen auf den 1. Januar 1966. Diese gewährleisten jedem Alters- und Invalidenrentner ein — auch nach der soeben beschlossenen Heraufsetzung der Einkommensgrenzen — noch immer bescheidenes Existenzminimum. Damit war eine wichtige Etappe zur Beseitigung der Not im Alter zurückgelegt. Durch die drei Initiativen soll nun der Stand der blossen Existenzsicherung überwunden werden. Die Renten müssen nach der Formulierung des überparteilichen Komitees «die angemessene Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung» garantieren und nach dem Vorschlag der sozialdemokratischen Partei sowie des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes wenigstens 60 % des massgeblichen Einkommens erreichen. Dank der Arbeit der Expertenkommission für die Förderung der beruflichen Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenvorsorge befinden wir uns nicht mehr im Stadium der Diskussion über Prinzipien. Ihr Bericht zeigt, dass der Ausbau der 2. Säule möglich ist und wichtige sozialpolitische wie auch wirtschaftliche Vorteile aufweist. Die Experten beantragen, es sei ein Obligatorium der 2. Säule für alle Arbeitnehmer einzuführen, und sie stellen auch schon bestimmte Grundsätze für eine entsprechende Gesetzgebung auf. Es darf aber nicht übersehen werden, dass bei der Ausarbeitung der Regelung sich noch manches komplizierte Problem stellen wird. In Übereinstimmung mit den Volksbegehren legt die Expertenkommission dar, dass die umfassende Altersvorsorge nicht allein durch das Obligatorium der 2. Säule verwirklicht werden kann, sondern dass sie eine weitere wesentliche Verbesserung der AHV voraussetzt. Infolgedessen wurden vom Eidg. Departement des

Innern die Vorarbeiten für die 8. AHV-Revision bereits eingeleitet.

Uns obliegt die Verpflichtung, die zukünftigen Aufgaben der Stiftung für das Alter im Rahmen dieser Perspektiven zu prüfen. Vorerst dürfen wir mit Genugtuung und mit Dankbarkeit feststellen, dass die Eidg. Räte unserer Stiftung Vertrauen entgegenbringen und ihr Wirken als unerlässlich erachten. Im soeben revidierten Gesetz über die Ergänzungsleistungen wurde der jährliche Bundesbeitrag von 4 auf 6 Millionen Franken heraufgesetzt. In der Botschaft hatte der Bundesrat angeführt, dass ein dringendes Bedürfnis nach Beratungs- und Fürsorgestellen bestehe, an die sich die Betagten mit ihren Problemen wenden können. Nachdem der Bundesbeitrag erhöht wurde, liegt es an der Stiftung, die noch bestehenden Lücken im Beratungs- und Fürsorgedienst rasch zu schliessen. Ich möchte den Kantonalkomitees nahelegen, dafür sorgen zu wollen, dass im ganzen Land Rentner und Rentnerinnen ihre Sorgen und Anliegen einer verständigen und sachkundigen Person unterbreiten können. Auch in der Altersfürsorge sollen «unterentwickelte Gebiete» auf den allgemeinen Stand der Leistungen gebracht werden.

Die Organe sowie die Mitarbeiter der Stiftung sind mit den Altersproblemen vertraut. Deshalb unterstützen sie mit Entschiedenheit die Vorschläge auf Gewährleistung der gewohnten Lebenshaltung im Alter. Wir hoffen, dass es gelingt, die Prinzipien der Initiativen zu verwirklichen. Es kann uns aber nicht entgehen, dass auch nach Realisierung der in den Volksbegehren und im Bericht der Expertenkommission für die 2. Säule enthaltenen Anträge eine Ergänzung durch die private Altershilfe nötig bleibt. Die finanziellen Unterstützungen werden zwar erheblich zurückgehen. Doch wird nicht auf sie verzichtet werden können. Das Obligatorium der 2. Säule kann nur die Arbeitnehmer umfassen. Allerdings sollen die Selbständigerwerbenden sich freiwillig zu gleich günstigen Bedingungen versichern können. Soweit sie aber nicht von dieser Möglichkeit Gebrauch machen und auch nicht genügend Ersparnisse zurücklegen können, bleibt ihre Existenzbasis im Alter prekär. Dies trifft noch verstärkt für die Nichterwerbstätigen zu. Hier werden somit Bedürfnisse offenbleiben, für welche die Ergänzungsleistungen zu den Alters- und Invalidenrenten einspringen müssen. Ueberdies wird gelegentlich auch um die zusätzliche Hilfe unserer Stiftung nachgesucht werden. Diese wird sogar für Greise und

Greisinnen, die volle Renten beziehen, nicht gänzlich wegfallen können. Bei besonders hohen Auslagen, kostspieligen Pflegen usw. werden einmalige oder während eines bestimmten Zeitraums ausgerichtete Leistungen sich segensreich auswirken.

Vor allem darf aber nie vergessen werden, dass die Altersprobleme sich nicht auf die befriedigende Regelung der Renten beschränken. Im vorzüglichen Bericht über die Altersfragen in der Schweiz wird mit Nachdruck auf die Notwendigkeit der Errichtung von Alterswohnungen sowie von Alters- und Pflegeheimen hingewiesen. Bis der infolge der Zunahme der Zahl der alten Leute wachsende Bedarf gedeckt sein wird, müssen intensive Anstrengungen unternommen werden. Diese sozialen Verpflichtungen gehören in den Kompetenzbereich der Kantone und der Gemeinden. Doch haben sie Schwierigkeiten, die mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbundenen Aufgaben zu erfüllen. Bei dieser Sachlage drängt sich eine Mitwirkung des Bundes auf. Bisher fehlte hierfür eine genügende verfassungsrechtliche Basis. Sie soll durch einen neuen Wohnbauförderungsartikel 34sexies geschaffen werden. Nach dem Vorentwurf wird der Bund die Möglichkeit erhalten, Bestrebungen auf dem Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswesens für Betagte und Pflegebedürftige zu unterstützen. Die Annahme einer solchen Bestimmung durch Volk und Stände würde zweifellos einen Aufschwung im Bau von Alterswohnungen und -heimen bringen. Unsere Stiftung wird sich in Zukunft vermehrt dieser Aufgabe annehmen und sich im Rahmen ihrer Mittel an deren Lösung beteiligen müssen.

Die zentrale Verpflichtung der Stiftung für das Alter, die individuelle Beratung und Betreuung der Betagten, wird durch die Verbesserung der Versicherungsleistungen nicht wesentlich berührt. Es handelt sich um eine Daueraufgabe, die sich sogar mit dem wachsenden Anteil der alten Leute an der Bevölkerung ausdehnt. Betagte, die sich nicht an nahe Angehörige wenden können, die oft unbeholfen, ja hilflos sind, die sich in den komplizierten Verhältnissen und im hektischen Treiben der Stadt nicht mehr zurechtfinden, bedürfen des Rats und der Hilfe, oft auch des Besuchs unserer Fürsorgerin. Sie ist manchmal der einzige Mensch, der sie aus der völligen Vereinsamung herausführen kann. Die neuen Wohnsiedelungen sind unpersönlich, und die moderne Stadt wurde schon zu Recht als unwirtlich bezeichnet. Darum muss eine neutrale, allen zur Verfügung stehende

Inстанz vorhanden sein, an die sich die Betagten mit Sorgen und Nöten richten können, die sich ihrer annimmt und ihnen mitmenschliches Verständnis entgegenbringt. Anschliessend möchte ich darum festhalten, dass unsere Stiftung den hilfsbedürftigen und einsamen alten Leuten einen Hort zu bieten hat, dass sie für die Betagten eine Heimat sein soll.

### **La situation de la Fondation suisse «Pour la Vieillesse» après la 8e revision de l'AVS.**

*Allocution introductive de M. H. P. Tschudi, président de la Confédération et président de la Fondation suisse «Pour la Vieillesse», lors de l'assemblée des délégués du 19 octobre 1970 à Fribourg.*

Je tiens tout d'abord à dire le grand plaisir que j'ai à ce que nous soyons réunis aujourd'hui dans le canton de Fribourg, si riche en traditions, et qui sait unir le respect d'un héritage dont il est fier à la volonté de construire avec dynamisme l'avenir. Ici l'on fait face avec courage et confiance aux tâches de notre époque, et cet esprit d'initiative, joint à la conjoncture favorable dont bénéficie notre pays depuis la fin de la deuxième guerre mondiale, a permis un développement économique impressionnant. Cette situation revêt une importance particulière pour la Fondation «Pour la Vieillesse». En effet, une politique sociale généreuse implique nécessairement une économie forte.

Je remercie le comité cantonal fribourgeois d'avoir si bien organisé cette réunion. M. Pierre Dreyer, conseiller d'Etat, veut bien nous faire l'honneur d'assister à nos débats. Je lui adresse mes salutations cordiales et le remercie de tout ce qu'il fait en faveur des personnes âgées. Bienvenue aussi à nos autres invités ainsi qu'à nos délégués de toutes les régions du pays. Ce sont eux qui constituent l'armature de la Fondation; c'est à leur dévouement qu'elle doit sa réputation au sein de la population et la confiance que lui témoignent les personnes âgées. L'assemblée annuelle n'a pas pour unique but de nous permettre de traiter les objets portés à l'ordre du jour conformément aux statuts; elle doit renforcer les liens entre collaboratrices et collaborateurs et faciliter, grâce à des échanges d'expérience, la solution des pro-

blèmes difficiles relatifs au troisième âge. Je suis persuadé que notre réunion de ce jour, bien préparée, atteindra ces deux objectifs.

Au cours de la session qui s'est achevée il y a 10 jours, les Chambres fédérales ont pris des décisions qui sont fort importantes pour notre Fondation. Vu le renchérissement de la vie, l'augmentation de 10 pour cent des rentes de vieillesse répond à un besoin urgent. Quant aux améliorations des prestations complémentaires, elles sont accueillies avec une satisfaction particulière par notre Fondation parce qu'elles allégeront dans une large mesure le sort des personnes âgées dans le besoin. Se fondant sur les trois initiatives populaires relatives au développement de la prévoyance-vieillesse et sur le rapport de la commission chargée d'examiner les mesures propres à encourager la prévoyance professionnelle pour les cas de vieillesse, d'invalidité et de décès (2<sup>e</sup> pilier), le Parlement fédéral devrait s'occuper dans un avenir très proche des principes de la prévoyance-vieillesse. Les décisions qu'il sera appelé à prendre, sur le plan législatif, auront une portée bien plus grande que les révisions de l'AVS de ces dernières années. Il s'agira d'une modification de structure à peine moins importante que la création de l'AVS en 1947.

Notre AVS a le caractère d'une assurance de base. Les autorités fédérales ont réussi au cours de nombreuses révisions à en améliorer le plus possible les prestations. Un pas en avant essentiel a été fait lorsque, avec effet au 1<sup>er</sup> janvier 1966, les prestations complémentaires ont été introduites. Celles-ci garantissent à tout bénéficiaire d'une rente de vieillesse ou d'invalidité un minimum vital, qui reste modeste même après l'augmentation des limites de revenu venant d'être décidée. Mais il s'est agi d'une étape importante dans la lutte contre l'indigence des personnes âgées. Maintenant, d'après les trois initiatives déposées, il faut dépasser la simple garantie du minimum vital: les rentes doivent, selon l'initiative inter-partis, garantir «un revenu adapté au niveau de vie antérieur» et, selon l'initiative du Parti socialiste suisse et de l'Union syndicale suisse, correspondre au moins à 60 pour cent du revenu déterminant. Grâce au travail de la commission d'experts chargée d'examiner les mesures propres à encourager la prévoyance professionnelle pour les cas de vieillesse, d'invalidité et de décès, nous avons dépassé le stade de la discussion sur les principes. Le rapport de cette commission montre que le développement du 2<sup>e</sup> pilier est possible, et aura d'importants

avantages sociaux et économiques. Les experts proposent de rendre la prévoyance professionnelle obligatoire pour tous les salariés, et ils énoncent déjà certains principes sur lesquels la législation devrait se fonder. Il ne faut cependant pas se dissimuler que de nombreux problèmes compliqués se poseront encore lors de l'élaboration de la réglementation. Comme les initiatives, le rapport de la commission d'experts indique que, pour parvenir à une prévoyance-vieillesse étendue, il faut, non seulement rendre obligatoire la prévoyance professionnelle, mais aussi améliorer à nouveau, et de façon substantielle, l'AVS. C'est pourquoi le Département fédéral de l'intérieur a déjà entrepris les travaux préparatoires de la 8e révision de l'AVS.

C'est dans cette perspective qu'il nous incombe d'examiner les tâches futures de la Fondation «Pour la Vieillesse». Constatons, tout d'abord, avec satisfaction et reconnaissance, que les Chambres fédérales font confiance à notre Fondation et considèrent que son activité est indispensable. La révision de la loi sur les prestations complémentaires qui vient d'être adoptée a porté de 4 à 6 millions de francs la subvention fédérale qui nous est allouée chaque année. Dans son message, le Conseil fédéral avait exposé que le besoin est grand de services dispensant aide et conseils auxquels les personnes âgées peuvent s'adresser pour exposer leurs problèmes. Maintenant que le subside fédéral a été augmenté, il incombe à la Fondation de combler rapidement les lacunes existant dans ce domaine. Je prie les comités cantonaux de faire en sorte que, dans tout le pays, les bénéficiaires de rentes puissent confier leurs soucis et leurs désirs à une personne intelligente et compétente. Dans l'aide à la vieillesse aussi, le «sous-développement» doit disparaître.

Les organes et les collaborateurs de la Fondation connaissent les problèmes de la vieillesse. C'est pourquoi, ils sont de chauds partisans d'une garantie du maintien dans la vieillesse du niveau de vie antérieur. Nous espérons qu'il sera possible de réaliser les principes énoncés dans les initiatives. Mais il ne saurait nous échapper que, même après la réalisation des propositions contenues dans les initiatives et dans le rapport de la commission d'experts, un complément fourni par l'aide privée à la vieillesse restera nécessaire. Certes, les secours financiers diminueront dans une forte mesure. Mais on ne pourra y renoncer. La prévoyance professionnelle ne peut être obligatoire que pour les salariés. Les personnes de condition indépendante devront pouvoir, il est vrai, s'assurer



à des conditions aussi favorables que celles qui sont prévues pour les salariés. Mais si elles ne font pas usage de cette possibilité et ne peuvent se constituer des économies suffisantes, leurs moyens d'existence durant leur vieillesse resteront précaires. Cela vaut dans une plus forte mesure encore pour les personnes sans activité lucrative. Les prestations complémentaires aux rentes de vieillesse et d'invalidité seront nécessaires en pareil cas pour couvrir les besoins subsistants, et l'aide supplémentaire de notre Fondation sera aussi demandée à l'occasion. Même pour les personnes recevant des rentes complètes, cette aide ne pourra être entièrement supprimée. Lorsque les dépenses sont particulièrement élevées, lorsque les soins sont coûteux, etc. des prestations uniques ou répétées pendant une durée déterminée seront les bienvenues.

Mais il faut surtout ne jamais oublier que les problèmes de la vieillesse ne sont pas entièrement résolus par une réglementation satisfaisante des rentes. L'excellent rapport sur les problèmes de la vieillesse en Suisse souligne la nécessité de la construction de logements pour personnes âgées, de même que de homes pour personnes âgées et de homes pour malades chroniques. Des efforts intenses devront être déployés jusqu'à ce que soit couvert le besoin de tels logements et homes, toujours croissant en raison de l'augmentation du nombre des personnes âgées. C'est aux cantons et aux communes qu'incombent ces obligations sociales. Mais ils ont des difficultés à s'en acquitter car elles entraînent des dépenses financières importantes. Aussi, une collaboration de la Confédération s'impose-t-elle. Jusqu'ici, il manquait un fondement constitutionnel suffisant à cet effet. Celui-ci doit être créé par un nouvel article 34 sexies relatif à l'encouragement de la construction. D'après l'avant-projet de cet article, la Confédération aura la possibilité de soutenir les efforts faits en matière de construction en faveur des personnes âgées et de celles qui ont besoin de soins. L'acceptation par le peuple et les cantons d'une telle disposition donnerait sans nul doute un élan à la construction de logements et de homes pour personnes âgées. Notre Fondation devra, à l'avenir, se consacrer dans une plus forte mesure à cette tâche, et participer à son exécution dans les limites de ses moyens.

L'amélioration des prestations d'assurance n'aura guère de répercussions sur la tâche primordiale de la Fondation «Pour la Vieillesse» qui est de conseiller et d'aider individuellement les personnes âgées. Il s'agit d'une obligation permanente, qui tend

même à croître avec la proportion de personnes âgées dans notre population. Les vieillards qui ne peuvent s'adresser à de proches parents, qui souvent ne peuvent se tirer d'affaire tout seuls, qui sont même impotents, qui ne s'y retrouvent plus bien dans les complications et l'agitation des villes ont besoin des conseils, de l'aide, et souvent de la visite de notre assistante sociale. Celle-ci est, dans nombre de cas, l'unique être humain qui puisse les sortir de leur solitude totale. Les nouveaux quartiers sont impersonnels, et l'on a déjà dit avec raison que les villes modernes sont inhospitalières. C'est pourquoi il faut que les vieillards chargés de peines et de soucis puissent s'adresser à un organisme neutre, à la disposition de tous, qui s'occupe d'eux et leur témoigne la compréhension due au prochain. C'est pourquoi, je voudrais en terminant affirmer que notre Fondation doit offrir aux personnes âgées solitaires et ayant besoin d'aide un refuge, un chez-soi.

## **Alterspflege**

Der Bericht über die Tätigkeit der neu eingerichteten Beratungs- und Fürsorgestelle des Kantonalkomitees Tessin der Stiftung «Für das Alter» bestätigt erneut das absolute Bedürfnis der Betagten nach Beratung. Ausserdem stellte die Stelle auch das eigentliche Zentrum vieler persönlicher Dienste für alle Betagte, wie z. B. das Altersturnen, dar. Im zweiten Beitrag gibt Dr. O. Stebler, Vorsteher des Kant. Fürsorgeamtes, Solothurn, einen guten Ueberblick über die in seinem Kanton bestehenden und geplanten Aktionen im Rahmen der Altersfürsorge und Altersbetreuung. Dr. med. A. Uchtenhagen, Oberarzt an der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich, zeigt die Aufgaben eines sozialpsychiatrischen Dienstes auf. Da sich unter den psychiatrischen Patienten eben auch Betagte befinden, scheinen uns dessen Ausführungen der Kenntnisnahme durch eine breitere Oeffentlichkeit wert zu sein.

Die Redaktion

### **Attività del centro d'informazione e d'assistenza del comitato cantonale ticinese.**

Da un anno è in funzione a Lugano, Riva Albertolli 1, la nuova sede del Segretariato cantonale ticinese della Fondazione Per la